



Nein zum Bürgerbegehren: Der Gautinger Gemeinderat hat gestern Abend das Plebiszit zur Rettung des Schlosscafés aus formalen Gründen abgewiesen.

Foto: Fuchs

## Bürgerentscheid abgelehnt

Plebiszit zum Schlosscafé für unzulässig erklärt

Von Michael Berzl

**Gauting** ■ Die Gemeinde Gauting will einen Bürgerentscheid über die Gastronomie in ihrem Schlosspark verhindern. Überraschend hat der Gemeinderat in seiner Sondersitzung am Donnerstagabend einstimmig beschlossen, einen Entscheid nicht zuzulassen. Mit dieser Entwicklung haben die Vertreter des Bürgerbegehrens, das mehr als 3000 Gautinger mit ihrer Unterschrift unterstützten, nicht gerechnet. Jürgen Schade, Sprecher der Initiative, hatte der SZ noch gestern Vormittag erklärt, er rechne damit, dass die Zulässigkeit erklärt wird. Wie berichtet, hatte er als Termin für die Abstimmung die Europawahl im Juni vorgeschlagen. Nun ist davon auszugehen, dass der Jurist und seine Mitstreiter rechtliche Schritte prüfen werden.

Nach Ansicht der Gemeindeverwaltungen entsprechen die Forderungen auf den Unterschriftenlisten nicht den gesetzlichen Anforderungen in der Bayerischen Gemeindeordnung. So hätten die Antragstel-

ler „mehrere Fragen miteinander verbunden, ohne dass es sich hierbei um einen einheitlichen Regelungsgegenstand handelt“. Dies sei laut Verwaltungsgerichtshof unzulässig. Außerdem seien zwei Alternativen nebeneinander gestellt worden, „die jeweils unzulässig sind“.

Wörtlich lautet die zentrale Forderung des Bürgerbegehrens: „Das Schlosscafé behält seinen Standort im Schloss oder wird alternativ von der Gemeinde an einem in gleicher Weise für Gastronomie und kulturelle Veranstaltungen geeigneten Platz im Schlosspark eingerichtet.“ Im Schloss kann das Café wegen des neuen Mietvertrags mit den Unternehmensberatern nicht bleiben, die dort ihren Firmensitz erweitern. Ein Umzug in die Remise gegenüber sei die einzig denkbare Alternative; das ist aber nach der Argumentation der Rathausverwaltung ausgeschlossen, weil die „derzeitige Nutzung“ erhalten bleiben soll. Außerdem, so die Gemeinde, konnten die Bürger nicht erkennen, „für oder gegen was sie Unterschrift leisten“.